

Belgien

Christian Franck

Am 18. Mai 2003 wurden in Belgien Parlamentswahlen abgehalten, aus denen zwei der drei Mitglieder der scheidenden Mehrheit siegreich hervorgingen. Während die Sozialisten und die Liberalen in ganz Belgien Erfolge verzeichneten, scheiterten die „Grünen“ in Flandern, in Wallonien und auch in Brüssel und zogen sich aus der seit Juli 1999 regierenden Koalition zurück. So wurde am 12. Juli eine Regierung Verhofstadt II aus Liberalen und Sozialisten gebildet. Die Christdemokraten blieben in der Opposition, in der auch auf flämischer Seite die extreme Rechte durch den Vlaams Blok vertreten wird. Es muss jedoch angemerkt werden, dass die „Grünen“ auch weiterhin auf regionaler Ebene an der Exekutive der frankophonen und flämischen Gemeinschaften sowie in der Region Wallonien bis zu den Regionalwahlen am 13. Juni 2004 beteiligt waren. Guy Verhofstadt, liberaler Flame, blieb Premierminister und Louis Michel, ein liberaler Wallone, behielt den Posten des Außenministers. Dasselbe galt für Didier Reynders (Liberaler, Wallonien) im Finanzministerium und für André Flahaut (Sozialist, Wallonien) in der Verteidigung.

Wenn auch die Arbeit des Konvents zur Zukunft der EU sowie die Regierungskonferenz und ihr Scheitern am 13. Dezember die europäische Agenda Belgiens dominierten, so wurde diese auch von der Debatte über die Einhaltung des Stabilitätspakts durch Frankreich und Deutschland geprägt. Ebenfalls erwähnt werden sollen die Spannungen zwischen Belgien und den Vereinigten Staaten in dem Maße, in dem sie sich auf die europäische Position zur Krise im Irak und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auswirkten.

Spannungen zwischen Brüssel und Washington

Diese Spannungen waren sowohl durch die amerikanische Irak-Politik begründet, als auch auf die bei der belgischen Justiz eingereichten Klagen gegen amerikanische Staatsbürger aufgrund des Gesetzes über die „Universelle Zuständigkeit der belgischen Justiz“. Dieses Gesetz ermächtigt die belgischen Gerichte, Klagen gegen die Urheber von Kriegsverbrechen, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, unabhängig von dem Land, in dem sie verübt wurden, zu verfolgen. Das Gesetz wurde 1993 angenommen und 1999 ergänzt.

Belgien schlug sich bekanntermaßen auf die Seite von Deutschland und Frankreich und folgte Washington in seiner Konfrontation mit dem Irak von Saddam Hussein nicht. Der belgische Premierminister zählte nicht zu den acht Unterzeichnern des Schreibens vom 30. Januar 2003, das die Ansichten der Regierung Bush im Tauziehen mit Bagdad unterstützte. Anfang Februar legte Brüssel zusammen mit Paris und Bonn ein Veto gegen die Entsendung von Soldaten in die Türkei ein, die Ankara angefordert hatte, um einer möglichen irakischen Offensive standhalten zu können.¹ Innerhalb der NATO stimmte die belgische Regierung schließlich am 17. Februar einem Kompromiss zu, der die Unterstützung der Verteidigung der Türkei von einem Einsatz der NATO in einem Krieg gegen den Irak trennte und an die herausragende Rolle der UNO appellierte.²

Übersetzt aus dem Französischen von Lisa Förster.

1 Vgl. De Standaard, 18.2.2003.

2 Ebd.

Einen Monat später sorgten die Gewährung von Überflugsrechten über belgisches Territorium und der Transit von amerikanischem Kriegsgerät für weitere Spannungen mit Washington. Um jegliche Befürwortung mit dem sich ankündigenden Krieg zu vermeiden, sprachen sich der belgische Außenminister und der Verteidigungsminister, Louis Michel und André Flahaut, am 12. und 15. März gegen das Überflugrecht für amerikanische Flugzeuge und Kriegsgerät aus. Der Premierminister folgte ihnen nicht. Im Gegenteil, er erinnerte an die belgischen Verpflichtungen aus einer geheimen Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten aus dem Jahr 1971, die den Überflug und den Transit des amerikanischen Militärs erlaubt. Um die Sozialisten und die „Grünen“ in seiner Regierung zu beruhigen, entschied Ministerpräsident Guy Verhofstadt, die Vereinbarung von 1971 im Licht der neuen internationalen Gegebenheiten neu zu bewerten.³

Das nächste Spannungsfeld zwischen Brüssel und Washington tauchte auf, als die belgische Justiz Ende März mit einer Klage eines irakischen Staatsbürgers gegen den früheren amerikanischen Präsidenten Bush und den ehemaligen Oberkommandierenden der Streitkräfte Colin Powell wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit bei der Bombardierung ziviler Ziele im Krieg gegen den Irak 1991 befasst wurde. Anfang April ließ die belgische Regierung das Parlament über die erste Revision des Gesetzes über die „Universelle Zuständigkeit der belgischen Justiz“ abstimmen. Doch im Juni wurden weitere Klagen gegen Präsident George W. Bush, Vizepräsident Cheney, Condoleezza Rice, die Sicherheitsberaterin des Weißen Hauses, Ex-General Franks, Verteidigungs-Staatssekretär Wolfowitz und sogar gegen Tony Blair bei der belgischen Justiz eingereicht.

Dieses Mal reagierte der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: Er stellte den Sitz der NATO in Belgien in Frage. Am 12. Juni kritisierte er in Brüssel Belgien dafür, dass es in seinem Rechtssystem ein Gesetz zulässt, das „eine Plattform für politisch motivierte Klagen bildet, die zu einer Spaltung unter den NATO-Partnern führt.“ Es macht nicht mehr viel Sinn, fügte er hinzu, „weitere Treffen am Sitz der NATO abzuhalten, wenn die militärischen und zivilen Verantwortlichen nicht mehr hierher reisen könnten, ohne eine Verhaftung zu riskieren“.⁴ Die am 12. Juli gebildete belgische Regierung schlug dem Parlament vor, das Gesetz über die Universelle Zuständigkeit auf Klagen zu beschränken, die mit Belgien zu tun haben, sei es, dass sie von Belgiern oder in Belgien wohnhaften ausländischen Staatsbürgern stammen, oder sich gegen diese Art von Personen richten.⁵

In der zweiten Jahreshälfte 2003 ließen die Spannungen zwischen Brüssel und Washington nach. Erwähnt werden muss auch, dass die Spannungen durch einen Vorschlag des Premierministers Guy Verhofstadt noch verstärkt wurden. Er schlug vor, innerhalb der Union den Kern einer Europäischen Verteidigungsunion zu bilden, die militärische Operationen der EU planen und durchführen sollte ohne Zugriff auf die Mittel der NATO zu haben. In dem Maße, in dem sich eine Duplikation der militärischen Strukturen der NATO abzeichnete, wurde die belgische Idee in Washington als Affront gewertet.

Von Thessaloniki nach Brüssel

Am 20. Juni 2003 stellte der Vorsitzende des Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, dem Europäischen Rat in Thessaloniki den Entwurf eines Verfassungsvertrages vor (streng

³ Zu den belgischen Positionen zur Krise im Irak, vgl. *Le Soir*, 8.6.2003.

⁴ Zitiert in: *La Libre Belgique*, 13.06.2003.

⁵ *L'Echo* vom 21./23.6.2003 zeichnet die Entwicklung des Gesetzes über die Universelle Zuständigkeit der belgischen Justiz bis zu seiner zweiten Revision nach.

genommen nur die ersten beiden Teile). Die belgische Regierung nahm den Entwurf ohne große Begeisterung auf und erklärte, Belgien könne mit dem Text leben, auch wenn man ihn perfektionieren sollte. Von belgischer Seite bedauerte man die Beibehaltung des Einstimmigkeitsbeschlusses bei einem Großteil der Fragen die Sozialgesetzgebung und die Steuerfragen betreffend sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik.⁶

Belgien und seine Benelux-Partner hatten sich seit langem – wie im Memorandum vom 4. Dezember 2002 dargelegt – gegen die Schaffung einer langfristigen Präsidentschaft des Europäischen Rats, gegen die Abschaffung des halbjährlichen Rotationsverfahrens des Ratsvorsitzes sowie gegen die Verkleinerung der Kommission ausgesprochen. Belgien schloss sich Anfang Mai doch dem am 24. April durch das Präsidium des Konvents ausgearbeiteten institutionellen Schema an, das die Schaffung eines langfristigen Präsidenten des Europäischen Rats und eine auf fünfzehn Mitglieder beschränkte Kommission, vervollständig durch Kommissare ohne Wahlrecht, vorsah. Auch wenn man eine Diktatur der Großen fürchte, so näherte sich die Debatte in Belgien immer mehr der deutsch-französischen Achse an. Der Vierergipfel vom 29. April, an dem auch der luxemburgische Regierungschef Jean Claude Juncker teilnahm, bestätigte diese Haltung. In einem Zeitungsinterview sagte Guy Verhofstadt im November 2003: „Die deutsch-französische Allianz ist gut für Europa und Belgien möchte an dieser engen Zusammenarbeit teilhaben“.⁷

Als Anfang Oktober in Rom die Regierungskonferenz zum Verfassungsentwurf begann, lautete die Losung für Guy Verhofstadt und seine Regierung, „so nah als möglich an dem Entwurf zu bleiben“, den der Konvent erarbeitet hatte. Brüssel sträubte sich ebenfalls – vergeblich – gegen das Prinzip „ein Kommissar pro Land“, das eine Mehrheit der Mitgliedsländer und die Kommission unter Prodi befürworteten. Belgien sprach sich auch nicht dafür aus, dass die Größe der Kommission ab 2009 oder spätestens 2014 reduziert werden sollte. Auf dem Europäischen Rat in Brüssel am 12. und 13. Dezember weigerten sich Brüssel, Paris, Berlin und Luxemburg, das Prinzip der doppelten Mehrheit für die Entscheidungen des Rates nochmals aufzurollen, was weder von Spanien und schon gar nicht von Polen akzeptiert wurde. Die Vier zogen ein Scheitern der Konferenz einer Abschwächung des Textes des Konvents vor.

Auch wenn im November der erfolgreiche Abschluss der Regierungskonferenz unter starken Vorbehalten stand, dachte der belgische Premierminister bereits an die Ratifikation des künftigen Verfassungsvertrages. Da die belgische Verfassung kein Referendum vorsieht, dessen Ergebnis juristisch bindend wäre, sprach sich Guy Verhofstadt für eine Befragung des Volkes aus, die der Bevölkerung zumindest eine Meinungsäußerung ermöglichen sollte. Sämtliche europäischen Verträge wurden durch ein einziges Parlamentsverfahren gebilligt. Eine Volksbefragung parallel zur Zustimmung der beiden Kammern würde eine wichtige Neuerung in Belgien darstellen. Die letzte Volksbefragung fand 1950 statt. Damals wurde über die Rückkehr von Léopold III auf den belgischen Thron abgestimmt.

Die Baustellen der Zukunft

Über die Regierungskonferenz zum Verfassungsvertrag hinaus wandte sich Guy Verhofstadt den Baustellen der Zukunft zu. In seiner Rede⁸ vom 25. November an der Humboldt-

6 Vgl. L’Echo, 21./23.6.2003.

7 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 25.11.2003.

8 Rede von Guy Verhofstadt, belgischer Premierminister, Berlin, von Humboldt Universität, 25.11.2003: „Die neue Verfassung. Von Laeken bis Rom“.

Universität in Berlin sprach der Premierminister zwei davon an: Eine europäische Verteidigungsunion und eine direkte Steuer zur Finanzierung des EU-Haushalts.

Das Thema der europäischen Verteidigungspolitik ist ein Dauerthema aller belgischen Regierungen. Von Leo Tindemans bis Jean-Luc Dehaene hatten die Vorgänger Guy Verhofstadt das Thema unzählige Male angeschnitten. Der belgische Premierminister ergriff am 29. April 2003 in Brüssel die Initiative zu einem Mini-Gipfel der Vier (Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg), um in dieser Angelegenheit die Gangart zu beschleunigen. Die Initiative war vor dem Hintergrund einer möglichen Spaltung der EU angesichts des Kriegs im Irak umstritten. Guy Verhofstadt erklärte jedoch, der Vierergipfel stehe nicht im Zusammenhang mit dem Irak-Thema und sei vielmehr ein Folgetreffen der im September in Paris und im November 2002 in Berlin geknüpften Kontakte. Die Irak-Krise stelle lediglich einen Anreiz dar, das geplante Vorhaben zu beschleunigen. Unter den Schlussfolgerungen vom 29. April wurde die Idee einer „strukturierten Zusammenarbeit“, ein Vorschlag der Arbeitsgruppe des Konvents zur europäischen Verteidigung, erneut erwähnt und findet sich in Art. III 213 des Verfassungsentwurfs wider.

Die andere Baustelle Verhofstadts betraf die „Vertiefung“, die er über eine Teilfinanzierung des Haushalts der Union über eine direkte Steuer – erhoben bei allen Bürgern Europas – erreichen wollte. „Das hätte nicht nur den Vorteil, konkret die Bindung zwischen der Union und ihren Bürgern zu verstärken. Es hätte auch den Sinn, die Beiträge zum Gemeinschaftshaushalt objektiver zu gestalten und die Konfrontation zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern zu verringern. Mit diesem Anliegen konnte sich Brüssel jedoch nicht durchsetzen.

Der Stabilitätspakt

Am 25. November, als sich der belgische Premierminister in Berlin befand, nahm der Ecofin-Rat die Schlussfolgerungen zum Haushaltsdefizit von Frankreich und Deutschland mit qualifizierter Mehrheit an. Die beiden Länder wiesen 2003 erneut ein Defizit von mehr als 3% auf, dasselbe wurde für 2004 vorhergesagt. Gemäß den Vorschriften aus dem Stabilitätspakt, sandte die Kommission am 21. Oktober an Frankreich und am 18. November an Deutschland die Empfehlung, ihr Defizit zu reduzieren und unter die Grenze von 3% für 2005 zu drücken. Andernfalls drohten finanzielle Sanktionen. So sieht es der Pakt vor. Nur der Ecofin-Rat musste noch zustimmen. Dem deutschen Finanzminister Hans Eichel gelang mit Unterstützung Frankreichs und dem Ratsvorsitz Italiens, eine Minderheit zur Blockade der Annahme der Empfehlungen der Kommission zu schmieden. Die italienische Präsidentschaft schlug vor, das formale Verfahren auszusetzen und einen „politischen“ Weg zur Reduzierung des französischen und des deutschen Defizits in Form von „Schlussfolgerungen“ des Rates einzuschlagen.

Belgien stimmte zunächst für die Empfehlungen der Kommission, schloss sich dann aber dem italienischen Vorschlag an. Die belgische Unterstützung für einen Kompromiss, bei dem Deutschland und Frankreich das Gesicht wahren konnten, bestätigte die Konformität der belgischen Position mit der Deutschlands und Frankreichs. Einige Stellen ließen verlauten, dass diese versöhnliche Haltung in der Frage der Verletzung des Stabilitätspakts ein Handel mit Paris und Bonn sei, die die Kandidatur von Guy Verhofstadt zum Präsidenten der künftigen Europäischen Kommission unterstützten.⁹

⁹ Vgl. *La Libre Belgique*, 8.12.2003.